

# Das Internet: zwischen Netzfreiheit, WikiLeaks und Cyberwar

Rainer Stentzel



Mediale Aufmerksamkeit bestimmt sich vorrangig nach den Faktoren ‚Konflikt‘, ‚Werte‘, ‚Dramatik‘ und ‚Personalisierung‘. Diese Faktoren prägen auch unsere öffentliche Wahrnehmung ‚des‘ Internets. WikiLeaks hat von jedem dieser Faktoren viel zu bieten. Die Plattform befindet sich in einem Konflikt mit der Supermacht USA und ihre Akteure berufen sich dabei auf Werte, indem sie den Begriff der Transparenz radikalieren und die Veröffentlichungen als neue Dimension demokratischer Freiheit und aufgeklärter Öffentlichkeit bezeichnen. WikiLeaks hat einen Sinn für Dramaturgie erkennen lassen, indem es seine Veröffentlichungen dosiert und die Präsentation über Multiplikatoren inszeniert. Erläuterungen zum Faktor Personalisierung erübrigen sich.

Zu den allgemeinen Faktoren, die einen Nachrichtenwert bestimmen, ist ein weiterer hinzugekommen, der auf WikiLeaks ebenfalls zutrifft, nämlich das Internet selbst. Das Internet übt auf uns eine ungeahnte Faszination aus. Mit atemberaubendem Tempo entwickelt es sich weiter. Täglich entstehen Hunderte neuer Dienste weltweit. Geschwindigkeit und Kapazitäten nehmen rasant zu. Das Internet brachte eine neue digitale Welt erst ins Wohn- und Arbeitszimmer. Mit Smartphones, iPads und anderen Geräten ist sie jetzt nahezu überall und jederzeit verfügbar. Durch den Einbau beispielsweise in Autos und Kühlschränke ist sie omnipräsent. Wie diese digitale Welt genau funktioniert und wie weit sie reicht, bleibt den allermeisten von uns verborgen. Die Freude am Nutzen, die Undurchschaubarkeit bei stets zunehmender Bedeutung – all dies verschafft Nachrichten, die ‚das‘ Internet betreffen, einen ganz besonderen Wert.

Befördert durch die mediale Aufmerksamkeit bestaunen wir Phänomene wie WikiLeaks und neigen gleichzeitig dazu, diese zu verklären oder zu dramatisieren. Wir fragen uns, inwieweit das Internet aus unserer gewohnten Welt eine andere macht. Wir stellen Grundbegriffe und Werte unseres Zusammenlebens infrage; wir schwanken zwischen Euphorie und Angstzuständen, zwischen Hoffen und Bangen.

Bei allen Chancen, die das Internet bietet und allen Risiken, die es birgt: Wir befinden uns online weder im Paradies noch auf dem Schlachtfeld. Das Internet ist Teil unserer realen Welt. Es gelten die gleichen Wertmaßstäbe und es gibt eigentlich wenig Anzeichen dafür, dass sich diese allein aufgrund des Internets radikal und eruptiv verschieben. Wir haben in

unserer Gesellschaft ein stabiles Grundverständnis von Freiheit und Privatheit, von Transparenz und Vertraulichkeit sowie von Krieg und Frieden. Bei näherer Betrachtung sollte dies im Internet nicht anders sein. Allerdings müssen wir unser Bewusstsein im digitalen Zeitalter schärfen. Der Fall WikiLeaks ist hierfür durchaus exemplarisch.

WikiLeaks erweckt den Eindruck eines ‚Robin Hood‘ des digitalen Informationszeitalters. Allerdings befinden wir uns nicht im finsternen Mittelalter, sondern in einer recht gut funktionierenden Demokratie. Es gibt eine freie Presse und vor allem einen Pluralismus der Medien. Die Presse reduziert Komplexität, macht Zusammenhänge verständlich und gibt dem Einzelnen Orientierung bei seiner politischen Meinungsbildung. Die Reduktion von Komplexität, das Verstehen und Aufbereiten von Zusammenhängen, ist voraussetzungsvoll: Je komplexer der Sachverhalt, desto intensiver muss der Journalist recherchieren, desto mehr Quellen muss er auswerten. Er sollte alle beteiligten Seiten hören, um nicht (versehentlich) die halbe Wahrheit zu schreiben. Neben die Erfassung und Aufbereitung des Sachverhalts tritt die Wertung. Bereits in der Auswahl einer Nachricht liegt häufig schon die Bewertung größerer Zusammenhänge. Eben weil dies so ist und weil der Auswahl und Bewertung einer Nachricht stets ein subjektives Moment – und manchmal auch ein Motiv – innewohnt, brauchen wir eine möglichst große Vielfalt in der Presselandschaft.

Guter Journalismus zeichnet sich durch ein hohes Maß an Verantwortung aus. Die Veröffentlichung ist für den verantwortungsvollen Journalisten kein Selbstzweck. Es gibt Grenzen, die sich aus den Folgen einer Veröffentlichung ergeben können, etwa wenn eine Veröffentlichung den Erfolg einer polizeilichen Ermittlung oder gar das Leben eines Opfers oder Informanten gefährdet. Grenzen für Veröffentlichungen ergeben sich dabei oft weniger aus dem Gesetz als aus der Ethik der Presse.

Das kleine Loblied auf die Presse soll den Mehrwert des Internets für das Informationsinteresse der Allgemeinheit nicht schmälern. Mit dem Internet haben wir ein Medium, das es jedem erlaubt, seine Meinung zu veröffentlichen und Informationen einem nicht begrenzten Nutzerkreis zugänglich zu machen. Zahllose Blogs, Bewertungsportale etc. dienen dem Informationsinteresse der Allgemeinheit und schaffen eine zusätzliche Vielfalt, die neben die tradierte Presse tritt – Überschneidungen inklusive.

Revolutioniert nun WikiLeaks dieses mittlerweile etablierte Modell der Öffentlichkeitsherstellung? Die Tatsache, dass WikiLeaks geheimes Material veröffentlicht, ist für sich genommen noch keine Revolution. Informanten haben sich seit jeher Journalisten anvertraut, die dann wiederum nach entsprechenden Recherchen eine Story daraus gemacht haben – wenn sie sich denn lohnte. Die Nachricht war jedoch meist der Inhalt und nicht der Umstand, dass geheimes Material veröffentlicht wird.

WikiLeaks geht es hingegen offenbar weniger um den konkreten Inhalt als um eine möglichst umfassende Veröffentlichung von Geheimnissen. Aber was ist damit wirklich gewonnen? Was kann der Bürger mit einer Masse von Geheiminformationen eigentlich anfangen? Wer selektiert für ihn die politisch relevante Spreu vom Weizen? Wie kann er beurteilen, ob er nur einen Ausschnitt oder einen kompletten Sachverhalt vor sich hat? Welche Kriterien nutzt er, um den Sachverhalt zu bewerten? Wie schätzt er ein, ob das Material echt ist?

Im Internet im Allgemeinen und bei WikiLeaks im Besonderen gilt: Der Zugang zum Wissen ist komplizierter als die bloße Möglichkeit zum Abruf. Je größer die Fülle an Informationen ist, desto mehr Bewertungs- und Auswahlkriterien bedarf es. Suchmaschinen definieren solche Kriterien, doch folgen diese technischen Anforderungen und den jeweiligen Geschäftsmodellen der Suchmaschinen. Die Fülle der Informationen für den Bürger und die Öffentlichkeit nutzbar zu machen, verlangt einen erheblichen Aufwand an Recherche und Erfahrung – womit wir wieder beim Journalisten wären.

WikiLeaks hat dies erkannt und einen – mit Blick auf die propagierte vollständige Transparenz ungewöhnlichen – Weg gewählt, nämlich die Exklusivberichterstattung. Ist dies der Preis der neuen ‚digitalen Transparenz‘? Exklusive Masse statt vielfältiger Klasse?

Einen Preis zahlen wir womöglich auch noch an anderen Stellen: Wenn de facto nicht der Einzelne und große Teile der Presse, so haben doch staatliche Stellen rund um den Globus die Möglichkeit, das von WikiLeaks veröffentlichte Material umfassend auszuwerten. Für manche ist die Masse der Informationen vermutlich weit wertvoller als für die allgemeine Öffentlichkeit. Gerade weil dem so ist und weil es vermutlich weiterhin Dienste wie WikiLeaks geben wird: Wer garantiert uns, dass sie nicht mit gezielten Fehlinformationen ver-

sorgt und entsprechend – von wem auch immer – instrumentalisiert werden? Und welchen Preis zahlt die Diplomatie für das bedingungslose Primat der Offenheit? Wird unsere Welt durch eine erzwungene, unstrukturierte Transparenz vertraulicher Unterlagen sicherer und friedvoller? Hieran lässt sich zweifeln.

Transparenz des Staatshandelns ist eine Grundbedingung des demokratischen Rechtsstaats. Geheimhaltung ist damit indessen nur auf den ersten Blick inkompatibel. Kein Staat kann es sich erlauben, schlechthin alles offenzulegen, allen zu allem Zugang zu gewähren. Im Bereich der Diplomatie und der Sicherheitsbehörden sind Geheimhaltungsinteressen allgemein anerkannt. Geschützte Bereiche der Vertraulichkeit kennen wir auch im Gerichtsverfahren, nämlich dann, wenn sich das Gericht zur internen Beratung zurückzieht. Die vertraulichen Beratungen dienen der Entscheidungsfindung und der Akzeptanz.

Die gesetzlichen Regelungen zum Geheimschutz und das Verbot des Geheimnisverrats müssen online wie offline gelten. Sie sind unter Beachtung von Transparenz, nämlich in einem demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahren zustande gekommen. Zudem wird ihre Einhaltung durch staatliche Stellen kontrolliert. So ist in Deutschland eine demokratische Kontrolle der ‚geheimen Bereiche‘ durch das Parlamentarische Kontrollgremium und die G-10-Kommission gewährleistet. Diese Form der Kontrolle stellt auch sicher, dass wichtige Sicherheitsinteressen, die im Einzelfall mit dem Schutz von Leib oder Leben oder auch dem Schutz des friedlichen Zusammenlebens der Völker einhergehen können, gewahrt werden.

Das ist bei WikiLeaks nicht der Fall. Die Betreiber von WikiLeaks mögen einzelne Dokumente kennen, die ihnen zugespielt werden. Jedoch kennen sie nicht automatisch die größeren Zusammenhänge. Auf die Auswahl der Dokumente hat WikiLeaks nur bedingt Einfluss: Es ist grundsätzlich die Summe dessen, was Informanten ihnen zuspielden. Die Auswahl ist weder vollständig noch repräsentativ. Die Gefahr, mit den Veröffentlichungen erheblichen Schaden anzurichten, erscheint damit größer als der Nutzen für den Weltfrieden, den einige WikiLeaks eilig zuschreiben.

Jedenfalls haben die Veröffentlichungen von WikiLeaks zu Auseinandersetzungen geführt, die bis hin zum ‚Cyberwar‘ stilisiert wurden. ‚Krieg‘ ist ein großes Wort und es ist hier fehl am Platze. Den Kriegsbegriff benutzen wir nicht inflationär. Im deutschen Sprachgebrauch ist zwar hin und wieder von Ehe- und Scheidungskriegen die Rede – und ein wenig erinnerte der Schlagabtausch, der Anfang 2011 zwischen den WikiLeaks-Betreibern Julian Assange und Daniel Domscheit-Berg zu beobachten war, auch hieran. In erster Linie ist es jedoch ein Rechtsbegriff, bei dem es letztlich um die Zulässigkeit und die Grenzen militärischer Gewaltanwendung geht.

Die losbrechende Wut aus dem Netz, die sich in Boykottaufrufen und Blockadeangriffen gegen Amazon und einige Zahlungsdienstleister äußerte, – so schreibt Frank Rieger vom Chaos Computer Club zu Recht – ist nicht Teil eines Krieges, sondern erinnert eher an eine Wirtshausschlägerei.<sup>1</sup> Auch diese müssen wir freilich ernst nehmen.

Cybersicherheit ist ein wichtiges und überaus breites Thema. Die Übergänge zwischen Belästigungen durch Spam-Mails, Massenaufrufe von Netzadressen, mit dem Ziel, diese lahmzulegen, Sabotage sowie dem Ausspähen von Betriebsgeheimnissen und Spionage sind fließend und die eingesetzten Mittel in ihrer Wirkung höchst unterschiedlich. Absender und Motive sind bei einem Angriff aus dem Netz nur schwer zu erkennen. Je nach Zielrichtung des Angriffs können dabei unterschiedliche Behörden zuständig sein.

Die Bundesregierung wird in Kürze eine Cyber-Sicherheitsstrategie auf den Weg bringen. Dabei verfolgt sie einen umfassenden Ansatz. Er reicht vom Schutz kritischer Infrastrukturen über die Sicherheit privater Computer und Internetzugänge bis hin zu einer optimierten nationalen und internationalen Zusammenarbeit bei der Cybersicherheit. Im Mittelpunkt stehen ein engerer Informationsaustausch über Schwachstellen in IT-Produkten, Verwundbarkeiten, Angriffsformen und Täterprofile sowie gemeinsame Analysen und abgestimmte Handlungsempfehlungen.

---

<sup>1</sup> Rieger, Frank: Das Zeitalter der Geheimnisse ist vorbei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.12.2010; <http://www.faz.net/s/Rub2C7A77F38FD84D7EABDFF6B9EE3B9BE4/Doc~E386955099A614DE2A1881621FDE9538C~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [15.09.2011].

Der Schutz der Cybersicherheit gebietet ein waches Auge und entschlossenes, sachorientiertes Handeln mit Augenmaß. Mit der Cyber-Sicherheitsstrategie werden wir den Blick für die Cybersicherheit schärfen; wir werden ihn aber – was die Netzpolitik insgesamt betrifft – nicht hierauf verengen. Sicherheit ist eine wichtige Säule unserer Netzpolitik, aber bei Weitem nicht die einzige. Denn bei aller gebotenen Einschränkung der Risiken: Wir müssen und wollen die zahlreichen Chancen und Freiheiten des Internets nutzen!

## **15. KARLSRUHER GESPRÄCHE**

**11.-13. Februar 2011**

Vortrag im Rahmen der 15. Karlsruher Gespräche  
„Ins Netz gegangen? Google-Kulturen global“  
vom 11.-13. Februar 2011.

Veranstalter:  
ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft  
und Studium Generale  
Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Leitung: Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha  
Organisation: Swenja Zaremba M.A.

Redaktion der Beiträge:  
Silke Flörchinger M.A.  
Janina Hecht M.A.  
Sonja Seidel

[www.zak.kit.edu](http://www.zak.kit.edu)